

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurfürststrasse 50,
in Leipzig: Heinrich Hübler, in Altona: Hassenstein u. Vogler,
in Hamburg: J. Lüthim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 20. Februar, Morgens. Der heutige "Moniteur" meldet, daß die Zinsen der Schatzscheine auf 2½, 3 und 3½ pCt. herabgesetzt worden sind.

In der Antwort auf die Anfrage Frankreichs bezüglich der Convocation der Bischöfe nach Rom, erklärte Antonelli, daß die Einladung es lediglich dem Wohlwollen überlasse und keineswegs eine Verpflichtung auflege, einer rein religiösen Feier beizuhören. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Bischöfe ihre Diözesen verlassen und die Autorisation ins Ausland zu gehen nur in den Fällen nachsuchen dürfen, wo wichtige Interessen ihrer Diözesanen sie nach Rom rufen.

Der "Constitutionnel" theilt mit, daß die Forderungen auf Rentenconversion in Paris bis jetzt 16 Millionen betragen; in den Départements belaufen sich innerhalb zweier Tage die Summe auf 4 Millionen, die der Trentenaires-Obligationen 114,000.

Paris, 20. Februar, Mittags 12 Uhr 45 Minuten. Die Rente wird unter großer Aufregung zu 69, 55, Lombarden werden zu 542, Österreich Staatsbahn zu 502, Kredit mobilier zu 750 gehandelt.

— 12 Uhr 55 Minuten. Die Aufregung an der Börse dauert fort. Die Rente hob sich auf 70, 05 und wird jetzt zu 69, 90 gehandelt.

London, 20. Febr. Mit dem Dampfer "City of Washington" eingetroffene Nachrichten aus New-York vom 7. d. melden, daß die Unionisten das Fort Henry am Tennessee-Fluß, das als ein wichtiger Punkt betrachtet wird, nach einem erbitterten Kampfe genommen haben.

Der Wechselcoups auf London war in New-York 114½ — 115, Gold 3½ pCt. Agio, Fonds fest, Baumwolle matt.

London, 20. Febr., Nachmitt. Neuere Nachrichten aus New-York vom 8. melden, daß im Congress das Gesetz über die Schatzscheine mit dem Artikel, der denselben einen gesetzlichen Courts zuweist, durchgegangen sei. Die Nachricht, daß dieser Artikel verworfen worden, war falsch.

Triest, 20. Februar, Abends. Aus Antivari wird vom 18. d. gemeldet, daß drei türkische Fregatten mit zwei Bataillonen Linientruppen, so wie auch ein kleiner Dampfer, nach dem See von Scutari bestimmt, daselbst angekommen sind.

Berichte aus Athen vom 15. d. melden, daß auch die in Argo stationirte Schwadron Cavallerie sich der Insurrection anschlossen haben soll. Tages vorher hörte man in der Gegend von Argo und Nauplia Kanonendonner. Der Captain des Postdampfers schickte ein Boot nach Nauplia ab, um Erfundigungen einzuziehen, es wurde demselben aber von den Insurgenten die Landung verboten. Die Regierung hat nebst Truppen unter dem General Hahn auch den Ordonnaanz-Offizier Karaikalis abgeschickt, um die Insurgenten zur Pflicht zurückzuführen. Die Generale Kolokonis und Hadzhipetro erhielten zur Anwerbung von Freiwilligen Geld. Es hieß, daß der König selbst nach Corinth gehen und die Truppen bewegen wolle, sich dort zu sammeln. Die Insurgenten verlangen eine Ministerveränderung im Sinne der Opposition, sowie auch eine National-Versammlung zur Reform der Verfassung. Athen ist ruhig, doch haben in Folge aufgefunderner Briefe Verhaftungen stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich der Exdeputierte Kallifrona, Advocat Deliporghi und viele Studenten.

London, 19. Febr. (K. B.) New-York, 6. Febr. Die hiesige Handelskammer hat einstimmig beschlossen, die Regierung durch Annahme des Papiergebäudes zu unterstützen. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Spanien, Herr Schurz, ist wieder in Washington eingetroffen. Der amerikanische Consul auf Honolulu ist gleichfalls daselbst eingetroffen. Seiner Aussage zufolge hat die englische Regierung Agenten dorthin gesandt, um die Verpfändung aller Sandwich-Inseln an England zu betreiben.

Die China-Japan-Expedition.
(Original-Correspondenz von Bord der "Thetis".)
(Schluß.)

Nach den Priestern kommen die Frucht- und Fischhändler, die ihre Waren vor den Häusern feilbieten, und dann erscheint in einer langen, bedeckten und durch zwanzig bis dreißig Mann geruderten Barkle ein Singapore'scher Großer, dem dann Allegherbietig Platz machen. Über die Kleidung dieser Menschenrasse ist wenig zu sagen, alle tragen auf dem Kopfe die eben beschriebene Kleiderbüste und außerdem einen Sarang; eine Jacke ist selten und eine Mütze oder ein Strohhut noch vielfältiger. Ebenso gekleidet oder vielmehr unbekleidet sind die Frauen, und ihre Frisur unterscheidet sich von der der Männer nur dadurch, daß sie außer der Kleiderbüste noch an den Schläfen je einen Quadratzoll Haare stehen lassen, von dem herab ein Haarbüschel wie ein liederlicher und weicher Bickenbart hängt, so daß wir, ehe wir mit dieser Eigenthümlichkeit bekannt gemacht waren, häufig die Frauen für Männer hielten. Die Lebensweise der Siamesen ist sehr einfach, nur Reis, Früchte nebst einem Stückchen getrockneten Fisch bilden für gewöhnlich ihre einzige Nahrung; da diese Dinge nun im Überfluss vorhanden und für einen sehr geringen Preis zu haben sind, so fällt jede Veranlassung zu Anstrengungen und der Trieb, Geld zu erwerben, fort, und zwar um so mehr, da bei der vollkommen despatischen Regierung doch Niemand seines Besitzes froh werden könnte, und sich höchstens als ein geeigneter Gegenstand für Verfolgungen und Erpressungen dokumentieren würde. Die Siamesen sind denn auch unglaublich faul und womit sie sich beschäftigen, ist ein Rätsel. Alle Handwerke sind in den



Beitung.

Copenhagen, 19. Febr. (K. N.) In der heutigen fortgesetzten Verathung über die Veränderung des Verfassungsgesetzes tritt David scharf gegen das Ministerium auf und wiederholt die Erklärung, er wolle Verfassungs-Veränderungen nicht bestimmen, so lange man noch auf derselben Grundlage wie das Patent vom 6. November 1858 stehe. Bei Durchlesung der vorgelegten Actenstücke hat er sich noch mehr von der Unklugheit derartiger Veränderungen überzeugt, ebenso wie davon, daß befriedete Mächte die Zusagen von 1851/52 nicht in derselben Weise auffassen, wie die Regierung sie aufzufassen scheint. Der Conseils-Präsident erwiedert hierauf: ob der Vorschlag beschränkt oder erweitert werden sollte, könne am besten zwischen der Regierung und einem Ausschüsse verhandelt werden, auf die Beibehaltung oder Tilgung des Paragraphen 23 lege die Regierung kein weiteres Gewicht. — Der Cultusminister hält einen scharfen Vortrag gegen David. Derselbe hat für das von ihm Angeführte keinen einzigen Beweisgrund beigebracht. Hier sei nur von Veränderung einer gesetzgebenden Behörde, welche Holstein und den deutschen Bund nichts angeht, die Rede. Eben dadurch, daß er für den Vorschlag stimme, werde David die Integrität der Monarchie wahren. Abgesehen von der Bedeutung für die Integrität der Monarchie, würde die Verwerfung des Vorschlags die Regierung nicht besorgt machen. Wenn der vorige Redner darauf angespielt habe, daß im Rath des Königs ein Mann gewesen, der in Holstein nicht geliebt war, so glaubt er (Redner) im Gegentheil sagen zu können, daß dieser Mann die Sympathien der Holsteiner hatte. — E. Rosenvorn empfiehlt den Vorschlag und vertheidigt die Politik des Ministeriums. Bei Schlüß der Sitzung sind noch acht Redner eingezzeichnet.

Deutschland.

** Berlin, 20. Februar. Die heutige im Abgeordneten-Hause eingegangene Adresse aus Hessen ist ein Protest gegen jede Einmischung des Hauses in das heilige Recht des Landesfürsten. Unterzeichnet ist dieselbe von dem provisorischen Vorstande des Hessenvereins in Engelbach — nämlich dem vormalichen Minister Scheffer, Kammerherrn H. Butler und dem Partikulier Wendel.

In der Militärcommission sind als Referenten ernannt: v. Forckenbeck für die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1814, v. Baer für den Etat, Schubert für den Gefangenentwurf wegen des 25% Buschlags. Der Gefangenentwurf wegen der Anklagebefreiung des Verleugneten im Strafverfahren ist von der betreffenden Commission des Hauses der Abgeordneten vollständig durchberathen; wie schon gemeldet, sind die Anträge der Commission nur eventuelle; Referent ist Abgeordneter v. Rönne (Glogau).

Wie die "Pos. Btg." mittheilt, hat der König durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 12. d. Mts. in Ausführung des Gnadenlasses vom 18. October v. J. bestimmt, daß, um Hörten zu vermeiden, auch diejenigen Personen, welche vor dem 18. October verurtheilt worden sind, und welche nach dem 18. October entweder die dagegen eingelegten Rechtsmittel zurückgenommen haben, oder in den folgenden Instanzen unter 6 Wochen Gefängnis bestraft worden sind, als mittamnestirt zu erachten seien. Durch diese Allerhöchste Ordre finden die Meinungsverschiedenheiten ihre Erledigung, welche bei den Gerichtshöfen bezüglich des Zeitpunktes der Rechtskraft im Sinne des Amnestie-Erlasses vom 18. October v. J. obwaltet.

Das Befinden des Staatsministers v. Auerswald ist in erfreulicher Besserung begriffen; der Kranke hat schon seit mehreren Tagen wieder das Bett verlassen und wird die Annahme von Besuchern Seitens der Aerzte gestattet.

Die "B. K. C." meldet, daß der Handelsminister v. d. Heydt beabsichtigt, noch in dieser Landtagssession eine umfassende Vorlage von neuen Eisenbahnbauten zu machen. Die Bahnen, mit Ausnahme der Eifelbahn, fallen sämtlich in

Händen der Chinesen, in den Handel theilen diese sich mit den Europäern, und selbst das Lasttragen geschieht durch chinesische Kulis. Die einzige Leidenschaft der Siamesen ist Betteln, dem jedes Lebensalter und jedes Geschlecht ohne Unterschied ergeben ist, daneben das Rauchen, und endlich Musik und Tanz.

Am dritten Tage unseres Aufenthaltes in Bangkok fuhren wir stromaufwärts, um dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgestellt zu werden und durch dessen Hilfe eine Audienz beim Könige zu erlangen. Dieser hohe Beamte wohnte in einem großen Hause, das auf festem Lande stand, und empfing uns in einem großen mit Marmor gepflasterten Audienzsaale, der die ganze vordere Seite desselben einnahm und zu dem eine Marmortreppe von wenigen Stufen hinauf führte. Vor dem Saale, auf dem Hof also, lagen eine Menge Menschen, wahrscheinlich niedrige Beamte im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Knien und der ganzen Länge der Ellenbogen, und hatten ihre Gesichter gegen die Erde gewendet, von der sie nur zuweilen schen aufzublicken wagten; wurde einer von diesen gerufen, so nahte er sich in dieser kriechenden Weise und zog sich, wenn er seinen Auftrag in der Nähe des Ministers verrichtet hatte, rückwärts und natürlich höchst ungeschickt wieder zurück, wahrscheinlich weil die Etikette verbietet, seinen Vorgesetzten den Rücken zu zeigen.

Am besten war es aber, wenn einer etwas bringen mußte, dann kam er auf drei Beinen, um so zu sagen, angehüpft, vollkommen wie ein Lahmer Hund. Der Audienzsaal war sehr hoch, und die obere Hälfte seiner Wände bestand aus durchbrochener Arbeit, um den Luftzug zu befördern. Er war mit

die östlichen Provinzen. Es gehören dazu die Bahnen: Halles-Nordhausen, die Lausitzer (anschließend an diese), die Schlesische Gebirgsbahn, die Verlängerung der Ostbahn von Küstrin nach Berlin, Königsberg-Pillau, Göslin-Danzig, Danzig-Neu-fahrwasser etc. Die gemeinsamen Kosten dieser Bahnen sollen durch eine Anleihe (die "B. K. C." spricht von 70 Millionen) gedeckt werden, doch wird der Kostenanschlag noch von der Stellung des Grund und Bodens abhängen, der von der Regierung bekanntlich von den Kreisen gefordert wird. Die Vorlage des Handelsministers kommt zunächst im Staatsministerium zur Verathung.

* Nach einer Circular-Befügung des Generaldirectors der Steuern sind die Regierungen der Böllvereinstaaten über eine Abänderung des amtlichen Waarenverzeichnisses zu den im Zwischenverkehr mit Österreich gültigen Tarifbestimmungen dahin übereingekommen, daß gleich der Knochenlohe auch andere thierische Kohlen beim unmittelbaren Eingange aus dem freien Verkehr Österreichs zollfrei zu lassen sind.

— Der "Magdeb. Btg." schreibt ein Berliner Correspondent: "Sicherlich Vernehmen zufolge sind in voriger Woche bereits die Bestimmungen für eine etwaige Mobilisierung erlassen worden und auch sonst fehlt es nicht an Anzeichen, welche auf eine Vorbereitung der Regierung für einen äußersten Fall geeignet werden können. (?) So ist das Modell zu den neuen vierfüßigen gezogenen Kanonen, obgleich für nächstes Frühjahr noch größere Schießversuche damit bevorstanden, auf Grund der schon stattgehabten Proben jetzt acceptirt worden und, wie man hört, soll die Ausrüstung wenigstens einiger Batterien mit diesen leichten Geschützen möglichst beschleunigt werden, die den neuen dreifüßigen österreichischen Schießwaffen ein Gegengewicht gewähren. Bei alledem liegt hier jedoch etwas in der Luft, was unmöglich an mehr als Demonstrationen glauben läßt und an ein offensives Vorgehen Preußens etwa wegen der kurhessischen oder deutschen Angelegenheit ist vorläufig ganz gewiß nicht zu denken."

— Die "Kreuztg." schreibt: Das Zustandekommen eines Handelsvertrages zwischen dem Böllverein und Frankreich soll nicht mehr zu bezweifeln sein.

— Wie man erfährt, ist der Marine-Offizier Neubarth, welcher die Mission erhalten hatte, Nachforschungen über den Verbleib der "Amazon" anzustellen, hierher zurückgekehrt, wird sich aber, wie es heißt, in Kurzem nach England begeben.

— Der "K. B." wird aus Brüssel geschrieben: Lord Cowley verlehrt seit einiger Zeit in Paris viel mit Herrn v. Rigny. Zwischen den Cabinetten von Paris und London findet ein reger Depeschen-Austausch statt, der sich auf die italienische Frage und zwar auf Venetien eben so gut, wie auf Rom zieht. Napoleon III. hält, ohne in Wien durch die Combinationen verlezen zu wollen, die sich an die mexikanischen Pläne knüpfen, an denselben fest. Es ist in den jüngsten Tagen von einem russischen Diplomaten herrührender Bericht, welcher den französischen Gouvernement in die Hände gefallen, zur Kenntnahme an das Cabinet von St. James geschiert worden, worin weitläufig auseinander gesetzt wird, wie die öffentliche Meinung in ganz Österreich es als ein Glück für die Dynastie und für die Monarchie betrachten würde, wenn Franz Joseph zur Abtreting von Venetien sich entschließen könnte. Frankreich soll sich zugleich in jüngster Zeit zum ersten Male dem Londoner Cabinet gegenüber offiziell erklärt haben, es werde keinerlei Gebietsvergrößerung in Folge des Abschlusses von Venetien an das Königreich Italien verlangen. In Italien glaubt man an den Erfolg der französischen Bemühungen nicht. Dort ist man der Überzeugung, Österreich werde sich niemals entschließen, Venetien gewillig aufzugeben, und man hält es vielmehr für gewiß, es müsse zum Kampfe über diesen Besitz zwischen Italien und Österreich kommen. Garibaldi empfängt in letzter Zeit wieder vielfach politischen Besuch und sowohl ungarische als italienische Patrioten haben neuestens oft mit ihm verhandelt.

einer Menge goldgerahmter Spiegel geschmückt, die indessen meistenteils verblichen waren, und diese nebst zweien mit Waffen gefüllten Glasspindeln und einem runden europäischen Tisch mit Stühlen, bildeten seine ganze Ausrüstung. Der Minister selbst, ein großer und stattlicher Mann von vorgezirktem Lebensalter, trug außer dem Sarong eine Jacke von schwerer Seide, die mittelst großen und gewiß sehr kostbaren Diamantknöpfen geschlossen war; er ließ uns an dem erwähnten Tische Platz nehmen, bewirthete uns mit Manilla-Cigaren und begann dann die Unterhaltung mit Hilfe eines portugiesischen Dolmetschers. Während der ganzen Audienz er tönte durch den durchbrochenen Theil der Wände eine sanfte, höchst ansprechende und melodiereiche Flötenmusik, wie sie die Frauen der Provinz Laos auf hohlen Rohrstäben hervor zu bringen verstehen.*)

*) Die Fortsetzung des Berichts über den Aufenthalt in Bangkok erwarten wir mit der nächsten Post. — D. R.

Eigenhändige Resolutionen des großen Friedrich.*
Bekanntlich durfte sich dem größten deutschen Könige jeder Unterthan bittend nähern. Ueber die eingegangenen Gesuche hatten die Cabineträthe in wenigen Säzen schriftlich zu berichten, und an den Hand solcher Berichte schrieb Friedrich eigenhändig die Resolution, in welcher er nicht nur den Inhalt der von den Cabineträthen abzusenden Antwort, sondern auch im Allgemeinen die Form derselben angab.

Diese Resolutionen selber wurden nithin den Bittstellern in der Regel nicht mitgetheilt; sie waren Goldkörner, welche

— (Schl. 3.) Vor einiger Zeit ist bekanntlich das königliche Schloss mit den verschiedenen Kasernen durch eine Telegrafenleitung verbunden worden. Wie es heißt, soll noch eine andere Maßregel beabsichtigt sein, um für alle Eventualitäten rechtzeitig über Truppen disponiren zu können. Es soll nämlich das dicht neben dem Zeughaus und in der Nähe des königlichen Schlosses gelegene Gießhans so eingerichtet werden, um eine Anzahl Soldaten aufnehmen zu können, und ein höherer Officier soll vor Kurzem das Gebäude zu diesem Zweck besichtigt haben.

— Die „Österreichische Zeitung“ äußert sich sehr spöttisch über Preußen. Sie schreibt: „Kleine Töpfe laufen bald über, sagt ein Sprichwort, und so vermögen wir uns zu erklären, daß in Berlin die identische Note ein allgemeines Überschäumen verursachte, während die Bernstorff'sche Despesche hier Niemanden auch nur im Schlaf seines Kaffees störte. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir der zweiten telegraphisch gemeldeten preußischen Note ein gleiches Schicksal wie der ersten voraussagen. Sie wird hier Niemanden auch nur einen Augenblick des Schlafe rauben. In Berlin spricht man bereits von Thaten, die bevorstehen, man rüstet sich zu Angriffen und zur Abwehr, schmiedet Motiven, ja, schlägt an den Säbel. Hier denkt kein Mensch daran, die Sache höher zu schätzen, als einen staatsrechtlichen Streit. Man spielt nicht einmal die Feder, viel weniger legt man die Panzer ein.“

Izehoe, 18. Februar. Die den „Hamb. Nachrichten“ per Telegraph aus Glückstadt und Kiel zugegangene Nachricht, daß Advocat Lehmann von der Anklage des Hochverrats-Beruchs und Eidesbruchs freigesprochen sei (vergl. Nr. 1176 d. Btg.), ist verfrüht. Das Erkenntniß ist noch gar nicht abgegeben, wenn auch das Resultat nach den gestrigen Verhandlungen so ausfallen muß, wie berichtet ist. Das Ober-Gericht wird aber zur Publikation des Erkenntnisses erst einen speciellen Termin ansetzen und das Publikum dann erst den Ausfall erfahren können.

England.

London, 18. Febr. Nach den Dockyards von Sheerness ist Befehl ertheilt worden, sämtliche Kanonenboote, die, während die Trent-Affaire in der Schwebe war, zum Auslaufen bereit gemacht worden waren, wieder abzutauen.

— Der Daily Telegraph und das Chronicle unterhalten ihr Publikum mit Artikeln über den Kurfürsten von Hessen im Geiste des Kladderadatsch. Aber der Kammerdiener ist, wie dies auch in einer Correspondenz aus Paris geschieht, in einen Kammerherrn verwandelt.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Heute sind erste Nachrichten aus Athen hier eingetroffen. Eine militärische Revolte ist in Nauplia ausgebrochen. Die Truppen, die gegen die Insurgenten gesandt wurden, sollen gemeinschaftliche Sache mit denselben gemacht haben; man befürchtet außerdem, daß der Aufstand in Nauplia mit der militärischen Verschwörung in Verbindung steht, die man vor einiger Zeit zu Athen entdeckte. — Die „Patrie“ widmet heute Mexico wieder einen Artikel. Sie sucht zu beweisen, daß die dortige Republik nur eine zufällige Thatssache, und es dringlich nothwendig sei, dort eine feste monarchische Regierung einzuführen. — Es heißt, daß die Regierung ein wichtiges Gesetz in clerical Angelegenheiten vorbereitet. Es soll nach dem in Aussicht genommenen Plane künftig bei Ernennung eines Pfarrers durch den Bischof ein auf Antrag des Cultus-Ministers erlassenes kaiserliches Decret nötig sein.

— Wie der „Indépendance“ von hier geschrieben wird, ist die Verlobung des Königs von Portugal mit der Prinzessin Marie Louise Alexandrine Caroline von Hohenzollern-Sigmaringen (geb. 17. Novbr. 1845) nunmehr eine vollbrachte Thatssache.

Italien.

— Garibaldi hat eine Buschrift an die Arbeiter in Lyon gerichtet, nachdem Victor Emanuel und Prinz Humbert sich an den Zeichnungen für die Nottheilenden in Lyon und St. Etienne betheiligt haben. Garibaldi denkt vor der Hand nicht ans Vosschlagen. Auch wird die Nachricht mehrerer Blätter, daß die beurlaubten und detachirten Offiziere der italienischen Armee Befehl erhalten hätten, sofort sich bei ihren Corps einzustellen, für grundlos erklärt. Eben so haben die Truppenbewegungen in Umbrien und den Marken gänzlich wieder aufgehört. Die Kundgebungen gegen Rom sind in Neapel wie auf Commando verstimmt und eine am 15. Februar vor dem schweizer Consulate versuchte, doch gescheiterte mazzinistische Manifestation ward laut telegraphischer Despesche „ohne allen Zweifel von ganz anderen Parteien hervorgerufen“; die Stadt ist mit Maueranschlägen aller Art bedeckt, die Regierung reicht dieselben ab und sucht die allgemeine Aufregung zu schwächen.

Landtags-Verhandlungen.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Febr. Präf. Grabow. Am Ministertische: Graf Pückler, Graf Schwerin, v. Bethmann-Hollweg, v. Bernuth. Die Tribünen sind stark besetzt.

von den Nächten in gangbare Landesmünze auszuprägen waren. Man findet häufig, daß Blätter die eine oder andere Randbemerkung mittheilen, um ihre Leser heiter zu stimmen, weshalb denn auch in größeren Kreisen die Meinung herrscht, jene Resolutionen wären mehr Produkte des Witzes. Nichts jedoch kann irthümlicher sein; sie gewähren in ihrer Gesamtheit ein schönes Bild landesväterlichen Wohlwollens und salomonischer Weisheit. Wo je eine derselben unsere Erwartung plötzlich in Nichts verwandelt und folglich unser Lachen erregt, da liegt die Ursache nicht in dem königlichen Worte, sondern in den zum Theil abenteuerlichen Gefüchen, so wie in uns, die wir nicht daran gewöhnt sind, von der höchsten Instanz so kurz und blündig beschieden zu werden.

Wir theilen hier eine Auswahl mit; die Orthographie ist absichtlich geändert, hier und da auch ein Ausdruck.

Eingabe. Gesuch des Grafen Lippe-Detmold um Besichtigung der Stadt Lippstadt beim Verkauf von Festungs-Grundstücken. — Resolution. Vage Antwort, österreichischer Styl, das nichts bedeutet.

Eingabe. Gesuch des Oberst v. Lossov um den Heirathconsens für den Bosniaken Major Haletius und die Husaren-Rittmeister von Trent und Salzwedel. — Resolution. Wenn Husaren Weiber nehmen, so sind sie selten einen Schuß Pulver wert; aber wenn er meinte, daß sie doch gut dienen würden, so wollte ich es erlauben.

Eingabe. Gesuch des Grafen Sandrezky um ein Darlehen von 300,000 Thalern. — Resolution. Das kann nicht sehn; ich bin der Großmogul nicht.

Eingabe. Der Buchhändler Kanter aus Königsberg

Der Präsident verkündigt Urlaubsgesuche und die Wahlen zur Commission für den Krause'schen Antrag, betreffend die Ausführung des Art. 15 der Verfassungs-Urkunde. Die selbe besteht aus den Abgeordneten v. Rathen (Borf), Schulze-Berlin (Stellvertreter), Bertram (Schriftsteller), Richter (Stellvertreter), Gräfer, v. Eisebeck, Götz, Dr. Rupp, Dr. Möppell, Leue (Salzwedel), Martiny, Rothe, Kreuz und Hölske.

Abg. Rohden hat einen Antrag auf endliche Ausführung des Art. 9 der Verf.-Urkunde (Expropriation) eingereicht, der an die Justizcommission geht. Aus Hessen ist eine von Hrn. v. Scheffer, v. Butler u. A. Namens eines Vereins an das Haus gerichtete Adresse (s. unter Berlin) eingegangen, welche für die Interessenten zur Einsicht ausgelegt werden soll.

Der Tagesordnung steht zunächst die bereits mitgetheilte Interpellation des Abg. Dr. Baur. Derselbe erhält das Wort zu deren Begründung.

Auf Interpellationen, beginnt derselbe, folge zwar kein Beschlüß; dennoch könnten sie von nicht geringer Bedeutung sein, indem sie Aeußerungen der Minister hervorrufen und die Stellung derselben zu den Behörden klar legten. Der bekannte Erlaß des Prov.-Schulcollegiums zu Coblenz an die Directoren der Gymnasien, Realschulen u. s. w. warne die Lehrer vor Betheiligung an politischen Agitationen, in Form einer väterlichen Warnung; doch folge der verwundende Stachel bald darauf, indem der Erlaß die Gefahren darstelle, die mit der Nichtbeachtung der Warnung verbunden seien. Nicht nur vor einer aufgeregten, bittern, leidenschaftlichen, gehässigen Betheiligung, was sich ebenfalls noch entschuldigen lasse, werde gewarnt, sondern vor politischer Betheiligung überhaupt. Der Behörde scheine demnach das Gebiet des politischen Lebens ein nicht geheures zu sein, ein Gebiet, von welchem der ruhige Mann sich am besten fern halte. Freilich sei nur der Stand der Lehrer hier hervorgehoben, aber es scheine für jeden gelten zu sollen. Auch er wünsche nicht, daß der Lehrer sich leidenschaftlich an Agitationen betheilige; der Lehrer müsse seine Würde stets aufrecht erhalten. Gelinge es ihm aber, diese persönliche Würde auch im politischen Leben aufrecht zu erhalten, warum sollte man ihn denn von politischer Betheiligung ausschließen? Es scheine, als wolle man gerade diejenigen Männer von der Politik fern halten, welche Mit- und Hauptträger der Intelligenz und als solche vorzugsweise zur Theilnahme am politischen Leben berechtigt seien, und gerade als solche durch leidenschaftlose Theilnahme Gehässigkeit und Bitterkeit zu beseitigen versuchen würden. Befolge nun der Lehrer die obige Warnung nicht, so füge man dem Stachel die Drohung hinzu. Was nun solche Warnung besagen sollte, wisse man aus Erfahrung; bereits seien in einzelnen Fällen verschärfte Warnungen ergangen, welche große Unzufriedenheit mit den Bußwiderhandelnden ausdrückten. — Verweise man sich nun auf den Standpunkt eines begabten Lehrers — was müsse er empfinden, wenn er seine Theilnahme an politischen Rechten bedroht sieht? Man könnte sagen, es sei nur die Agitation verboten, aber wo sei die Grenze? Könne sich der Lehrer an Wahlen betheiligen, ohne sich von Agitation fern zu halten? Und gerade auf die Wahlen scheine der Erlaß hingedeutet zu haben; der Warungsruß beziehe sich also auch auf das wichtigste politische Recht des Staatsbürgers. Solle denn der Lehrer nur im Geheimen agitieren? — Nicht nur die Alten, sondern selbst das Mittelalter, das die Erde für ein Sammelthal halte, betrachteten eine Reichsbeheiligung des Mannes an politischen Rechten als erbärmlich. Dante spreche mit grösster Verachtung von den Männern, die zu keiner Partei gehörten und so erbärmlich seien, daß sie weder in den Himmel noch in die Hölle kämen. Der Erlaß rechne unter die Gefahren, welche dem Lehrer drohten, daß ihm die Sammlung für seinen Beruf entzogen werde. Sammlung sei dem Lehrer freilich nötig, aber nicht eine solche, wie man sie vielleicht in Eberfeld branche, sondern die Sammlung eines frischen Geistes, eines Characters, der wieder Charaktere bilde, beides verbunden mit Kenntnissen. Weshalb warne man die Universitätslehrer oder gar die Geistlichen nicht, die doch eine weit grössere Sammlung des Geistes für ihren Beruf nötig hätten? Eine zweite Gefahr solle darin liegen, daß der Lehrer den Eltern wie der Schüler entfremdet werde, und die Schüler das Vertrauen zu verlieren würden. Das sei Uebertreibung von Aengstlichkeit, treuer Fleiß im Beruf und ein guter Charakter seien die Hauptstützen des Vertrauens sowohl der Eltern, wie der Schüler. — Der Lehrer müsse also dagegen geschützt werden, daß man ihm Rechte schmälere, die er ausüben muss, wenn er sich nicht selbst verachten soll. Solche Erlasse seien schon deshalb nicht zu billigen, weil sie unbestimmt seien, und das innere geistige Leben der Anstalten vergisst. Nur eine bestimmt sprechende Behörde, welche das verfassungsmässige Recht nicht verleiße, könne auf Gehorsam Anspruch machen. Er erwarte deshalb von Seiten des Vertreters der geistigen Interessen dieselbe Missbilligung, welche der Erlaß im Lande gefunden, und diese Missbilligung müsse eine entschiedene sein. Die Behörde solle den Lehrer schützen, nicht ihn in seinen staatsbürglerlichen Rechten beeinträchtigen.

i. Pr. bittet um den Titel als Commerzienrath. — Resolution. Buchhändler, das ist ein honneter Titel.

Eingabe. Der gewesene General Graf d'Angelelli ausボローニャ trägt seine Dienste an. — Resolution. Da er päpstlicher General wäre, se würde er nicht in Rekorddienste gehen.

Eingabe. Der Oberst v. W. reicht einen Plan ein, wie für das Land ohne grössere Auflage, anderthalb Millionen mehr einzunehmen seien. — Resolution. Er möchte die Million für sich behalten. Wind! Wind! Wind!

Eingabe. Der Weinandler Kiehn in Berlin bittet (1773) um Entschädigung wegen der ihm bei der russischen Invasion weggeführten 82 Fässer Landwein. — Resolution. Warum nicht auch, was er bei der Sündfluth gelitten, wo seine Keller auch unter Wasser gestanden.

Eingabe. Der Fürst v. Sullofsky, welcher durch Potsdam reiset, wünscht seine Aufwartung zu machen. — Resolution. Ich hätte in beiden Händen das Podagra.

Eingabe. Der Geh. Rath v. La Motte bittet, das gegen seinen Schwager, den gewesenen Ordenskämpfer v. Münnich ergangene Urteil nicht in den öffentlichen Blättern bekannt machen zu lassen. — Resolution. Es muß auch in dergleichen Fällen gerade durchgegangen und derjenige, welcher Infamien begehet, bestraft werden, und wenn er von Königlichem Geblüte wäre.

Eingabe. Der ehemalige neuwärtige Kriegsrath Winckelmann zeigt an, daß sein Onkel Necker in Frankreich ihn bei seinem Departement anstellen wolle, und bittet um Erlaubnis zur Reise dahin. — Resolution. Er hat hier gestohlen, so kann er auch immer dahin gehen und auch stehlen.

Man werde aus der Antwort des Ministers entnehmen, ob er die Auffassung des Redners theile, und treu an der Verfassung fest halte.

Cultusminister v. Bethmann Hollweg: „Obgleich der betreffende Erlaß des Provinzial-Schulcollegiums weder auf meinen Befehl, noch mit meiner vorhergehenden Billigung erlassen worden ist, so glaube ich, daß man in meiner Beantwortung der Interpellation sowohl die Motive jener Behörde als auch eine Erklärung über meine Stellung zu jenem Erlaß erwarte. Ich habe daher Bericht eingefordert über die Veranlassung zu der betreffenden Verfügung, derselbe bestätigt aber nur den Sinn, welchen ich von Anfang an derselben beigelegt habe. Der Erlaß geht von der nicht gelegneten aber gemischtdeuteten Voraussetzung einer Agitation der Parteien im öffentlichen Leben aus. Einem Freunde, einem freimüthigen und philosophisch hoch gebildeten Manne, der als Angehöriger des mit Recht als das Land der Freiheit gerühmten Englands, mich im Jahre 1846 besuchte und sich über die damalige Leidenschaftlichkeit aller Parteien nicht genug wundern konnte, mußte ich dies aus der Jugend unseres politischen Lebens erklären, und ich gebe anheim, ob es nicht gegenwärtig etwa noch ähnlich steht (Bewegung links). In politischen Dingen ist eine edle, nicht feige, sondern tapfere Selbstbehauptung nötig. Das Coblenzer Schulcollegium hat nicht die Theilnahme an Parteiaffirmationen verboten, nicht ein staatsbürgliches Recht der Lehrerwelt gekränkt oder verklammert; in seinem Bericht sagt es ausdrücklich, nichts Derartiges seide darin enthalten, und die auf ihre Beschwerde an die Lehrer ergangene Verfügung erklärt das ebenfalls. Eine Warnung hat das Schulcollegium an die Lehrerwelt der Rheinprovinz ergehen lassen wollen; es hat es mehr in seiner Pflicht erachtet, zu warnen, als im Stillen zu beobachten und erst nach etwaigen Ausschreitungen, wehrend, züchtigend einzuschreiten (Unruhe links). Eine solche Warnung, vertraulich und Vertrauen erzeugend, schien ihr auch der Offenheit zu entsprechen, mit welcher diese Behörde bisher mit ihren Lehrern verkehrte hat. Gewarnt hat sie vor der Theilnahme an Partei-Versammlungen, weil dieselbe leicht zu einer wärmeren und thätigeren Theilnahme in demselben Geiste führt, und diese letztere den eigentlichen Berufe des Lehrers und auch der Schule nicht heilsam ist. In der That, Eines schrift sich nicht für Alle; ein Amt legt Rückichten auf, — und zu diesen Rückichten schien jener Behörde und scheint auch mir diese zu gehören, daß selbst derjenige, der sich von Leidenschaftlichkeiten und Bitterkeiten persönlich fern hält, doch auch schon durch seine Gegenwart, durch seine stumme Gegenwart als ein Genosse und ein Mitschuldiger (lebhafter Unwillen links) erscheinen kann und dadurch dem Interesse der Schule, namentlich den Eltern gegenüber schadet. Die Erfahrung bestätigt es. Die Vernunft des Erlusses auf die Erfahrung finde ich ganz richtig.“

Der Erlaß wendet sich mit väterlichem Ernst an das Gewissen und das Urtheil der Lehrer selbst. Nirgends ist gesagt, daß unmittelbar auf die Theilnahme am politischen Leben irgend ein Nachtheil, oder gar eine Strafe folgen solle (Murren links). Meine Herren, wo findet sich dies? Wer hat das Recht, der Behörde diese Absicht Schuld zu geben? Freilich wenn ein Lehrer über der Theilnahme an Partei-Affirmationen seinen heiligen Beruf für die Schule versäumt, dann wird allerdings die Schulverwaltung mit Recht auch dies bei der Würdigung des Lehrers als Lehrer in Betracht zu ziehen haben.

Die Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Erlasses ist getadelt. So bestimmt wie das Urtheil eines Kreisgerichts ist er allerdings nicht; aber bei einem väterlichen Worte nimmt man wohl einen wärmeren und darum unbestimmteren Ausdruck an.

Die Mitglieder jener Behörde, ist angedeutet worden, seien dem öffentlichen Leben wohl etwas fremd, ja feindselig. Aber ein Mann gehört ihr an, der für die Freiheit lange gewirkt und schwer geduldet hat; der Chef derselben hat sich bereits das allgemeinsten Vertrauen erworben; überhaupt hat dieser Erlaß in der Rheinprovinz nur sehr parciell Argwohn und Verdacht erregte. Dass sich der Interpellant und die Mitunterzeichner sich diesem Verdacht angeschlossen haben, wundert mich nicht, da sie die Verhältnisse der Rheinprovinz nicht kennen. Doch ist dazu kein Anlaß. Nachdem das Land drei Jahre lang unter einem Fürsten gestanden, der sich ein seltenes Vertrauen bei allen Parteien erworben hat, unter einer Regierung, der mindestens das Lob noch nicht freiwillig gemacht worden ist, das Lob der Gesellschaft und Humanität — und daß an diesem Lob mein Nestor nicht Theil nimmt, darüber erwarte ich den Gegenbeweis oder das Urtheil Kündiger — unter diesen Umständen muss ich mich nicht blos über die Agitation, über die Erregtheit und Leidenschaftlichkeit des Parteitreibens, sondern auch über diesen Argwohn wundern. Ich vertrane darauf, daß das Provincial-Schul-Collegium zu Coblenz, wie ich, in diesem Sinne ferner zu handeln gedenkt, und diesen Erlaß in keinem andern Sinne, als in dem der Gerechtigkeit und Humanität zur Ausführung bringen wird.“

Der Präsident erklärt die Interpellation damit für erledigt.

Eingabe. Der Kaufmann Krüger et Comp. in Berlin bittet um Concession und Unterstüzung einer Arrac- und Numfabrik. — Resolution. Ich will's dem Teufel thun! Ich wünsche, daß das giftig garstige Zeug gar nicht da wäre und getrunken würde.

Eingabe. Der General-Major v. Rothkirch bittet um eine Präbende für eine seiner Töchter. — Resolution: Es sind 30 bis 40 Anwartschaften auf jede Stelle. Er soll hübsch Jungs schaffen, die kann ich Alle unterbringen; aber mit dem Madams weiß ich nirgends hin.

Eingabe. Der v. Marschall bittet, die gegen ihn in der Appellation ergangene Sentenz zu moderieren. — Resolution. Die Gefeze sind für alle Leute, sie mögen v. Marschall heißen oder nicht, und wenn ihm das nicht ansteht, so kann er aus dem Lande gehen, wie sein Bruder.

Eingabe. Der chirurgien Major Poirier bittet, die französischen chirurgiens pensionairs seiner Aufsicht zu unterwerfen. — Resolution. Ich will keine Franzosen mehr, sie sind gar zu lächerlich und machen lauter lächerliche Sachen.

An diesem Wenigen möge es für diesmal genügen. Sicherlich erkennt jeder unbefangene Leser auch hierin wieder die Körner gesunde, jeder Unwahrheit abholde Natur des hohen Mannes, dran jeder Boll ein König war; und gleichwohl hat Dr. O. Klopp, der neueste Ankläger Friedrich II., den man den Großen nennt, auch diese Resolutionen wider diesen Einzelnen benutzt zu können gemeint!

*) Aus dem „Deutschen Magazin“. Herausgegeben von Julius Rodenberg. Zweiter Jahrgang. Heft 2.

Abg. v. Hennig (Blonchott) stellt darauf folgenden Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären, daß es sich durch die Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Dr. Baar von Seiten des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten nicht befriedigt fühle; dasselbe sei vielmehr der Überzeugung, daß durch den Erlass der Coblenzer Regierung das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehende Recht der Beileidigung am politischen Leben bestärkt würde“ (Beifall links). Der Antrag wird von der linken Seite des Hauses ausreichend unterstützt (auch der Abgeordnete Hartort erhebt sich für denselben) und derselbe wird der Unterrichtskommission überwiesen.

Die erste Petition betrifft den bereits früher verhandelten Antrag der Communalbehörde der Stadt Neuß, betreffend die Aufhebung der Einquartierungspflicht event. eine Erhöhung der Servisentshärtigung resp. die Verlegung der Neuerer Garnison. Die Commission beantragt, „den Antrag der Petenten, bei Anerkennung der Nichtverpflichtung der Stadt dahin zu wirken, daß die Staatsregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkomme; in sofern die Petenten eine auf die Anwendbarkeit des Servis regulativs vom 17. März 1810 begründete gesetzliche Verpflichtung zur Gewährung des Natural-Quartiers an garnisonirende Truppen bestreiten, als begründet zu erachten und der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen“; ferner dem Hause zu empfehlen, aus Anlaß der Petition der Stadt Neuß, die Staatsregierung zu ersuchen, „auf Emanirung eines Gesetzes Bedacht zu nehmen, durch welches die Einquartierungslast als Staatslast anerkannt und für dieselbe eine mit den von den Quartierträgern zu tragenden Kosten im richtigen Verhältniß stehende Vergütigung aus der Staatskasse gewährt wird“.

Abg. Rückert: Das Verlangen der Petenten ist vollständig gerechtfertigt. Das Regulativ von 1810 kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich mehr maßgebend sein. Die Regierung ist auf das billige Verlangen der Stadt Neuß nicht eingegangen. Warum, ist nicht schwer zu errathen. Das Militärbudget erfordert schon zu viel, deshalb müssen einzelne Gemeinden mehr Lasten tragen: so hat die Stadt Neuß einen Capitalaufwand von 11,600 Thlr. für die Unterbringung der Garnison bestreiten müssen, und kann daher den dringendsten Anforderungen in anderer Beziehung nicht genügen. Vor einigen Jahren ist ein Gymnastum dort gegründet worden, das jetzt dem Verfall entgegen geht. Denn die besseren Kräfte werden sich natürlich dorthin wenden, wo ihnen eine bessere Vergütigung gewährt wird, als es die Stadt Neuß jetzt zu bieten im Stande ist. Wir begegnen hier derselben Misere im kleinen, wie beim Staatshaushalt im Großen. (Sehr richtig! auf den Bänken der Fortschrittspartei.) Es werden hoffentlich noch viele Petitionen bei uns eingehen, die der Regierung die Notwendigkeit einer Revision des Servis-Regulativs nachweisen werden. Der Redner sucht sodann aus den im Bericht bereits mitgetheilten Gründen und durch Bezugnahme auf das Gesetz vom 9. Januar 1819 über die Publication der Gesetze nachzuweisen, daß der abschlägliche Bescheid des Ministers des Innern an die Petenten nicht gerechtfertigt sei.

Minister des Innern Graf Schwerin: Er müsse beklagen, daß er sich nicht in der Lage befindet, dem Antrage der Stadt Neuß zu entsprechen. Die Petenten behaupten, daß das Servis-Reglement in der Stadt Neuß keine Geltung habe; er sei entgegengesetzter Ansicht und habe dieselbe in der Commission ausführlich dargelegt. Was den zweiten Antrag der Petenten betreffe, die Servis-Entschädigung auf einen, den wirklichen Einquartierungskosten entsprechenden Satz zu erhöhen, so könne die Regierung auch auf diesen Antrag zu ihrem Bedauern nicht eingehen. Allerdings seien wesentlich auch die finanziellen Verhältnisse des Staats ein Hinderniß, und wenn er sich auch darauf bestränke, die Exemplifikation des letzten Redners einfach zurückzuweisen und die Widerlegung bis zur Verathnung des Militär-Ests vorzuhalten, so müsse er doch anführen, daß auch noch andere Gründe, als die finanziellen maßgebend seien. In der Rheinprovinz seien die Beschwerden über die Einquartierungslast ziemlich allgemein, und die Beschwerden hätten theilweise ihren Grund in der Handhabung der Angelegenheit durch die Communalbehörden. In den älteren Provinzen sei das Verlangen der Städte nach Garnisonen noch sehr groß, weil die Last durch die Vortheile aufgehoben würde. Was den dritten Punkt des Petitions-Antrages betreffe, daß durch eine Verlegung der Garnison der Stadt Neuß geholfen werden könne, so falle dies in das Recht des Kriegsministers, und er könne nicht sagen, ob die militärischen Rücksichten die Erfüllung dieser Bitte gestatten. Zu seinem Bedauern sei er in der Lage, erklären zu müssen, daß die Regierung eine Berücksichtigung der Petition nicht eintreten lassen könne. Den Schlusshandlung der Commission anlegend, so könne er versichern, daß, wenn das Haus annähme, die Regierung diesem Beschlüsse diejenige Beachtung zu Theil werde lassen werde, welche das Haus fordern könne, d. h. die Angelegenheit einer nochmaligen Verathnung zu unterwerfen.

Der principale Antrag der Commission wird mit sehr großer Majorität (dafür die deutsche Fortschrittspartei, Fraktion Grabow u. a.) angenommen.

Die Beschwerde einiger Einwohner des Dorfes Beisgen-dorf (bei Dirschau) über die Amtsführung ihres Schulzen wird von dem Abg. Mettenmeyer durch Aufführung einiger weiterer Thatsachen unterstützt, ohne daß der Redner einen Gegenantrag gegen den Comm.-Beschluß (Übergang zur Tagesordnung) einbrächte. Man geht zur Tagesordnung über. Einen ähnlichen Einwand gegen die Vollständigkeit des Berichtes erhebt derselbe Abgeordnete in Bezug auf die folgende Petition eines Kunstmästers Otto zu Sturz in Pr. Star-gardter Kreise, wegen einer durch die Danziger Regierung ihm angeblich verfürbten Unterstützung. Der Minister Graf Schwerin bemerkte, daß er über diese Sache bereits Bericht eingefordert habe, worauf man zur Tagesordnung übergeht. Eine die Jagdpolizeigebung berührende Petition eines Gutsbesitzer A. M. Schulz, der in einer Jagdrichtangelegenheit sein Recht von dem Landrath verletzt glaubt, gibt dem Abgeordneten Schulze (Berlin) Anlaß, den Minister auf diese Verhältnisse, welche sehr häufig zu Ausschreitungen der Verwaltungs-Behörden führen, aufmerksam zu machen. Der Minister, Graf Bücker, tritt den Ausführungen des Redners bei, verweist aber auf eine Verfügung, die er am 24. Decbr. 1859 erlassen und die alle die hier zur Sprache gekommenen Fragen erörtere. Wahrscheinlich liege dem hier bereiteten Falle jedoch ein Irrthum des Petenten zu Grunde und der Landrath sei somit in seinem Rechte. Man geht zur Tagesordnung. — Dieser Bericht ist damit erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.

* In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins hielt hr. Oberlehrer Troeger einen Vortrag über „Wahrscheinlichkeitsrechnung“. Es wurde dargethan, wie oft die Wahrscheinlichkeit vorliege, mit Würfeln eine bestimmte Zahl zu werfen, aus einem Spiele Karten eine oder mehrere bestimmte Karten zu ziehen etc. Demnächst erwähnte hr. Troeger der Spiele, in welchen die wahrscheinliche Hoffnung des Gewinnes bei den Interessenten eine ungleiche ist; dazu gehört beispielsweise die sogenannte Zahlenlotterie, welche mehr Chancen zum Verlieren als zum Gewinnen darbietet. Unsere preußische Klassenlotterie speculirt nicht, sondern nimmt nur einen gewissen Precentsaß vom Einsatz ab, und überläßt alle Chancen des Spiels dem Spieler. Die Wahrscheinlichkeit, in derselben mit einem großen Gewinn heraus zu kommen, verliert jedoch alle Bedeutung, weil ein Menschenleben für die Berechnung derselben verschwindet kurz ist. — Nach dem Vortrage zeigte hr. Krüger sen. Mauersteine vor, welche nicht gebrannt, sondern nur durch Pressung aus einem Theile Kalk und acht Theilen Sand fabricirt werden; dieselben sind bedeutend billiger als die gebrannten und überall da angebracht, wo keine große Tragkraft beansprucht wird. — hr. Apotheker Helm zeigte Vorrichtungen an Gasbrennern vor, welche die Lichtstärke verbessern sollen, und bei Hrn. Liebniß hier selbst zu haben sind. Demnächst wurden noch einige Fragen aus dem Fragekasten erledigt.

Der Handel und die Schiffahrt Danzigs im Jahre 1861.

(Fortsetzung.)

Bereits im Jahre 1858 haben wir der kgl. Regierung unser Gutachten dahin abgegeben, daß wir einen mit Frankreich nach den freiesten Grundsätzen abschließenden Schiffahrtsvertrag, wie solcher bereits zwischen England und Preußen besteht, als entschieden ersprüchlich für die diesseitigen Interessen ansiehen müssen, obschon französische Schiffe in unseren Häfen, in Betreff der Schiffahrtsabgabe, mehr benachtheilt sind, als preußische Schiffe in französischen Häfen. So zahlt beispielsweise ein französisches Schiff von 200 Normal-Lasten mit Ladung ein- und ausgehend hier Thlr. 893. 10. Ein preußisches Schiff von 200 Normal-Lasten zahlt in französischen Häfen an Tonnage und Looftengeld ungefähr Thrs. 1850 oder Thlr. 493, woraus sich also ein erheblicher Unterschied zu Gunsten der preußischen Schiffe ergiebt; ein preußisches oder privilegiertes Schiff von 200 Normal-Lasten zahlt hier im Ganzen Thlr. 146. 20. Der Nachteil für die französische Flotte ist evident und letztere daher von unseren Häfen fast ganz ausgeschlossen.

Die in beiden Staaten stipulirten hohen Abgaben haben aber für uns den Nachtheil, daß der Absatz unserer Ausfuhrartikel in Frankreich, namentlich der von Holz, nicht die natürliche Ausdehnung gewinnen kann; dieser voluminöse Artikel kann hohe Frachten, welche die Folge der großen Abgaben sein müssen, nicht tragen und es fällt unseren Kaufleuten schwer, gegen die Concurrenz der russischen, schwedischen oder amerikanischen Holzexporten, deren heimathliche Flagge in Frankreich zu den privilegierten gehört, aufzukommen. Ebenso auch wird die Concurrenz unserer preußischen Rheederei gegen die der im Frankreich privilegierten Nationen unmöglich gemacht. Daß aber unser Handel mit Frankreich nicht gering anzuschlagen ist, beweist, daß im verflossenen Jahr 218 Schiffe mit Ladung von hier nach französischen Häfen gingen, und zwar: 110 Schiffe mit Getreide, 105 Schiffe mit Holz, 3 Schiffe mit Zucker und Syrup.

Wir hoffen daher, daß es der königl. Staatsregierung gelingen wird, einen auf Gegenseitigkeit gegründeten Schiffahrtsvertrag mit Frankreich abzuschließen, und dadurch unserer Rheederei die Rechte der privilegierten Flagge zu verschaffen.

Sollen wir noch eine Hoffnung an den Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich knüpfen, so ist es die, daß dadurch in Preußen mit dem Schutzzollsystem gründlich gebrochen werden wird, und daß mit dem baldigen Ablauf des Bollvereinsvertrages wieder die Prinzipien zur Geltung kommen werden, welche in der Bollgesetzgebung des Jahres 1818 ihren Ausdruck gefunden haben. Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle uns über eine Erörterung der Nachtheile einlassen, welche die Ostseeprovinzen in Folge der Bollvereinsverträge zu erleiden gehabt haben; wir hoffen, daß die königl. Staatsregierung uns bei Ablauf derselben Gelegenheit geben wird, unsere diesfälligen Wünsche darzulegen. Wir werden es für unsere Pflicht halten, sie ohne Rückhalt auszusprechen, wie tief wir es auch beklagen müssen, daß unsere Vorstellungen, sobald es sich um Bollveränderungen im freihändlerischen Sinne handelt, wie neuerdings wieder bei dem im vorigen Jahre erlassenen Küstenenergesez, fast nie Beachtung finden.

Doch es der kgl. Staatsregierung gelungen ist, mit China und Japan Handelsabtrakte abzuschließen, muß dem Handelsstande zu großer Befriedigung gereichen; den deutschen Fabrikanten eröffnet sich dadurch ein weites Feld der Thätigkeit, und auch unsere Schiffe werden bei Fahrten jener Gewässer die Vortheile davon durch den größeren Schutz, dessen sich zu erkennen haben werden, genießen.

Wir erkennen es dankbar an, daß die kgl. Staatsregierung bei Ausbruch des Krieges in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sofort die geeigneten Maßregeln ergriffen hat, um den preußischen Schiffen die mit den Vereinigten Staaten in den Verträgen vom 10. September 1785, 11. Juli 1799 und 1. Mai 1828 festgestellten Vereinbarungen zu sichern; allein diese Verträge haben noch nicht alle Gefahren für die neutrale Flotte befeitigt. Die am Schlusse des verflossenen Jahres zwischen England und Nordamerika eingetretenen Verwicklungen haben es bewiesen, wie leicht ein neutrales Land in einen ihm ganz fremden Streit hineingezogen werden kann. Es wird daher ein immer dringenderes Bedürfniss, daß endlich durch völkerrechtliche Vereinbarungen die Rechte der neutralen Flotte in Kriegszeiten genau festgestellt werden. Wenn je ein Zeitpunkt dazu geeignet war, dürfte es der gegenwärtige sein, da kaum anzunehmen ist, daß England, welches eben der Gefahr entgangen ist, in einen großen Krieg verwickelt zu werden, sich noch länger weigern wird, auf Stipulationen über die neutrale Flotte einzugehen.

Wir glauben aber noch weiter gehen zu müssen, und wir geben gewiß nur der Ansicht des gesammten Handelsstandes Ausdruck, wenn wir aufs Neue an die kgl. Staatsregierung die Bitte richten, auf diplomatischem Wege dahin wirken zu wollen, daß die bekannten Beschlüsse der Bremer Versammlung vom 2. December 1859, welche wir in unserm an das hohe Staatsministerium gerichteten Antrag vom 31. Decbr. 1859 auch zu den unsrigen gemacht haben, als völkerrechtliche Grundsätze sanctionirt werden. (Fortf. folgt.)

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 21. Februar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 53 Min.

Angelkommen in Danzig 3 Uhr 7 Min.

Roggen fest,		Breuk. Rentenbr.	99	99
loco	52	51½	3½ % Westpr. Pfdsbr.	87½
Februar	51½	50½	4 % do. do.	98
Frühjahr	49½	49½	Danziger Privatbr.	97%
Spiritus Frühjahr	177½	177½	Pfdr. Pfandbriefe	89%
Rüböl, Frühjahr	12½	12½	Kranzofen	133%
Staatschulddeine	90½	90½	Nationale	61%
4½ % 56r. Anleihe	102½	102½	Poln. Banknoten	84%
5% 59r. Pr.-Anl.	108½	108½	Wechsels. London	6.21

Hondsbörse matter.

Hamburg, 20. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco stillle, ab Auswärts geschäftlos und flau. Roggen loco stillle, ab Ostsee Frühjahr zu 85 — 86 läufig. Del Mai 27%, Octbr. 26%. Kaffee unverändert, Bink stillle.

London, 20. Februar. Silber 61½. Consols 92%. 1% Spanier 43%. Merikaner 33%. Sardinier 80. 5% Russen 102. 4½% Russen 93.

Liverpool, 20. Februar. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Paris, 20. Febr. 3% Rente 70, 25. 4½% Rente 100, 10. 3% Spanier 48. 1% Spanier 43%. Österreich. St.-Eisenb.-Act. 502. Österl. Credit-Actien —. Credit mobil.-Act. 761. Lomb.-Eisenb.-Act. 546.

Producten-Märkte.

Danzig, den 21. Februar. Bahnpreise. Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127,28—129,31 — 132,34 % nach Qualität 87½ — 91,92½ — 93½ / 98½ — 100,104½ Igr.; ordin. bunt, dunkel und hell, 120,122 — 123,125,7 % nach Qualität 72½/77½/80 — 82,83½/85 Igr.

Roggen 59—58 Igr. per 125%.

Erbfen, Futter und Koch- von 45 50 — 55,56 Igr. für beste. Gerste kleine 103,105 — 110,12,8 von 35,37 — 41,42 Igr. große 108,109 — 112,16,8 von 40,41 — 42,45 Igr. Hafer von 23,25 Igr., besserer 26,28 — 30,31 Igr.

Spiritus 16 R. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: mäßiger Frost. Wind: Süd-Ost.

Weizenmarkt heute für alle Gattungen außer feinstem Qualität recht flau und Preise billiger. Umsatz nur 15 Lasten. Preise 125,6% bunt 500, 123% hellfarbig 510, 125% hell 522, 133,4% hochbunt glasig 624, 133,4% fein hochbunt 630.

Rogen ziemlich fest, 351, 354 per 125% bezahlt.

Um Schluss noch 100 Last April-Rogen 122% per 125% geschlossen.

Königsberg, 20. Febr. (R. H. B.) Wind O. — 6.

Weizen hochbunt 124 — 131% 84 — 96 Igr., bunter 124 — 178 83 — 87½ Igr., rother 125 — 30% 84 — 93½ Igr. bz. — Roggen gedrückt, loco 120 — 22% 55 — 56½ Igr. bz. Termine matt, 80% per Frühjahr 59½ Igr. B., 58½ G., 120% per Mai-Juni 58½ Igr. B., 57½ Igr. G. — Gerste flau, große 100 — 107 38 — 46 Igr., kleine 95 — 106 33 — 40 Igr.

Hafer stillle, loco 65 — 75% 22 — 30 Igr. B., 50% per Frühj. 29½ Igr. B., 28½ Igr. G. — Erbsen sehr stillle, weiße Koch- 53 — 56 Igr. B., Futter, 40 — 52 Igr., graue 40 — 80 Igr., grüne 55 — 75 Igr. B. — Bohnen 48 — 62 Igr. B. — Biden 30 — 48 Igr. B. — Thymotheum 5 — 8% R. per Cte. B. — Leinöl 12½ R. per Cte. B. — Rüböl 13½ R. per Cte. B.

Spiritus. Den 19. per Frühjahr gemacht 18½ R. mit Fass; den 20. loco Verkäufer 16½ R. R. ohne Fass; loco Verkäufer 18 R. mit Fass; per Febr. R. Käufer 18% R. mit Fass per 8000 % Tr. Stettin, 20. Febr. (Ost. - Btg.) Wetter: trübe, Mittags + 1° R. Wind: SD.

Weizen matt, loco per 85% gelber 70 — 80 R. bez., feiner 85% 81 R. bez., 83/85% do. 79 — 80 R. bez., bunter Poln. 75 — 77½ R. bez., Galizischer 72 — 74 R. bez., 83/85% gelber per Frühjahr 80, 79½ R. bez., Juni-Juli 81½ R. bez., Juli-Aug. 82 R. bez. — Roggen flau, loco per 77% 47½ — 48 R. bez., 77% Febr. — März 48½ R. Br., Frühj. 48 R. bez. u. B., 47½ G., Mai-Juni, Juni-Juli u. Juli-Aug. 48 R. bez. — Gerste per 25 Schffl. große 36 — 40 R. — Hafer loco 22 — 25 R. per 1200% Febr.-März 22½ R. B., do. Frühj. 23 R. bez., Mai-Juni 23½ R. bez., do. Juni-Juli 24 R. B.

Rüböl per 100% ohne Fass loco 12% R. B., Febr. 12½ R. bez. u. G., ½ B., Febr. — März 12½ R. bez. u. G., ½ B., Febr. — März 16½ R. B., Frühj. 17½ R. G. u. B., Mai-Juni 17½ R. G. u. B., Febr. — Juli 18 R. B.

Leinöl loco incl. Fass 13 R. B., April-Mai 12½ B. Berlin, 20. Febr. Wind: SW. Barometer: 28°. Thermometer: früh 1 Gr. — Mittags 10° — Witterung: sehr schön.

Berliner Börse vom 20. Februar 1862.

Eisenbahn-Actien.	Prioritäts-Obligationen.	Prioritäts-Obligationen.	Preußische Fonds.	Ausländische Fonds.
Dividende pro 1860.	35			
Aachen-Düsseldorf	—	3½ 85½ b3	Aachen-Düsseldorf 4 92½ G	Berl. Stadt-Obl. 4½ 102½ G
Aachen-Maastricht	—	4 24½ b3	do. II. Emitt. 4 92 b3	do. do. 3½ 84½ b3
Amsterdam-Rotterd.	5	4 90½ — 91 b3	do. III. Emitt. 4½ 98½ G	Börsenh.-Anl. 5 106½ G
Vergleich-Märk. A.	5½	4 105½ — ½ b3	Aachen-Maastricht 4½ —	Kurz u. N. Pfdr. 3½ 92½ b3
B.	4	4 94 G	Nordb., Fr. Wilh. 4½ 102½ G	do. neue 4 101 G
Berlin-Anhalt	6½	4 137½ b3	Oberschl. A. 4 98 G	Ostpreuß. Pfdr. 3½ 89½ G
Berlin-Hamburg	6½	4 118 b3	do. B. 3½ 87½ G	Pommersche 3½ 91½ b3
Berlin-Potsd. Mgd. b.	9	4 158 b3	do. C. 4 96 G	do. 4 98½ b3
Berlin-Stettin	6½	4 126 G 127½ B	do. D. 4 96 G	Pommer. 4 100½ b3
Bresl.-Schw.-Freib.	5½	4 120 b3	do. E. 3½ 86 b3	Posensche 4 103½ G
Brieg.-Neisse	2½	4 64 — 62 — ½ b3	do. F. 4 101 B	do. neue 3½ 98 G
Cöln-Minden	10½	3½ 168 G	Desterr.-Franz. 3 265½ b3	do. do. 4 97½ G
Cösel-Oderb. (Wilh.)	—	4 43½ b3	Pr.-Wilh. 1. 5 —	Schlesische 3½ 83½ b3
do. Stamm-Pr.	4½	4 87 G	do. do. 5 —	Westpreuß. 3½ 88½ b3
do.	5	87½ b3	Rheinische 4 3½ G	do. neue 4 98 b3
Ludwigsb.-Werbach	9	4 130½ G	do. v. St. gar. 3½ 87½ b3	Kurz u. N. Rentbr. 4 99½ b3
Magdeb.-Halberstadt	18½	4 266 G	do. do. 4½ 102½ b3	Pomm. Rentbr. 4 99½ b3
Magdeb.-Wittenb.	2	4 43½ — 44½ b3	Rhein-Nahe, gar. 4½ 100½ G	Posensche 4 98½ b3
Mainz-Ludwigshafen	5½	4 117½ — ½ b3	do. II. Em. gar. 4½ 100 B	Preußische 4 91 G
Mecklenburger	2½	4 54½ — ½ b3	Ruhr. Cref. R. G. 4 91½ G	Westfäl.-N. 4 98½ b3
Münster-Hammon.	—	4 98½ B	do. do. III. 4½ 97½ G	Sächsische 4 99½ b3
Niederschl.-Märk.	—	4 98½ b3	Stargard.-Posen 4 —	Schlesische 4 99½ b3
Niederschl.-Weißbahn	½	5 55 b3	do. do. 4 101½ b3	
Stamm-Pr.	5	5 —	do. do. 5 —	
Nordb., Friedr. Wilh.	2½	4 59½ et — ½ b3 u. B	do. v. St. gar. 4½ 102½ b3	
Oberschl. Litt. A. u. C.	7½	3½ 137½ b3	Thüringer 4 5 —	
Litt. B.	7½	3½ 122½ b3	do. II. 5 12 G	
Desterr.-Frz.-Staatsb.	7	5 133½ — ½ b3	do. III. 4½ 102 G	
Oppeln-Tarnowitz	2	4 39½ b3	do. IV. 4½ 101½ b3	
P. W. (Stelle-Wohw.)	2	4 57½ — ½ b3		
Rheinische	4½	4 93 b3		
do. St.-Prior.	4½	4 98½ G		
Rhein-Nahebahn	—	4 25½ b3		
Mhr. Cref.-R. Gladb.	—	3½ 85½ b3		
Stargard.-Posen	—	3½ 91½ et b3 u. B		
Thüringer	6½	4 118½ b3		

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß das Collegium der Altesten der Kaufmannschaft nach der in der General-Versammlung vom 19. Februar er. bewirkten Wahl gegenwärtig aus den nachbenannten Kaufleuten besteht:

Behrend, Heinrich Theodor.

Behrend, Maximilian.

Bischoff, Theodor Ludwig Heinrich.

Boehm, Heinrich Michael.

v. Frankius, Carl Robert.

Gibson, John.

Goldschmidt, Peter.

Kauffmann, Jacob Eduard.

Lojewski, Ludwig Ferdinand.

Paleske, Johann Heinrich.

Nosenstein, Samuel Benedix.

Stoddart, John Sprot.

Stellvertreter sind:

Abrecht, Philipp.

Block, Julius Caesar Roger.

Mix, George.

Schrirmacher, Theodor.

Bei der am 20. Februar er. stattgefundenen

Constituirung des Collegii sind:

L. Goldschmidt zum Vorsteher.

C. N. v. Frankius zum ersten Beisitzer,

T. H. L. Bischoff zum zweiten Beisitzer und

1. Borsen-Commissarius,

J. S. Stoddart zum 2. Borsen-Commissarius,

T. H. Paleske, zu Hafsen-Commissarien,

gewählt worden.

Danzig, den 21. Februar 1862. [1147]

Die Altesten der Kaufmannschaft.

Goldschmidt, C. N. v. Frankius, Bischoff.

Subhastatius-Patent.

Das im Hafen zu Pillau liegende, im Jahre 1847 von Eichenholz erbaute, auf 174 Lasten ge-

messene und mit Zintboden versehene Barkenschiff Johann Jacoby soll im Wege der freiwilligen Subhastation behufs Auseinandersetzung der Miteigenthümer in dem auf

den 31. März er,

Vormittags 11 Uhr, anberaumten Termin an ordentlicher Gerichts-

stelle verkauft werden.

Der Beibrief, ein Verzeichniß des Inven-

tariums und eine Beschreibung des Schiffes lie-

gen im Bureau 2 zur Einsicht aus.

Königsberg, den 18. Februar 1862.

Egl. Commerz- und Admiralitäts-

Collegium. [1136]

Freiwilliger Verkauf.

Das an der Graudenz-Alsfelder Chaussee,

1 Meile von Graudenz belegene Rittergut Klodten, circa 830 Morgen groß, mit vollständigem todten und lebenden Inventarium und

vollständiger Winterauf, soll aus freier Hand

verkauft und der betreffende Kauf-Vertrag am

1. April d. J. vor dem Unterzeichneten abgeschlossen werden. Die Kaufbedingungen sind im

Bureau des Unterzeichneten einzusehen.

Graudenz, den 18. Februar 1862.

Der Rechtsanwalt und Notar

Gomlich. [1109]

Strohhut-Angelegenheit.

Hiesigen, wie auswärtigen Bürgeschäften und Wiederverkäufern die ergebne Anzeige, daß mein Lager mit guter billiger Ware bereits vollständig fortirt und jetzt wohl die geeignete Zeit zu vortheilhaftem Einläufen ist.

August Hoffmann, Strohhut-Fabrik,

Heil. Geistgasse 26, neben der Apotheke.

NB. Zum Waschen, Färben und Modernisiren werden Strohhüte beten.

[1143]

Grundcapital 3 Millionen Gul. Die Feuer-Versicherungs-Anstalt Reserve-Fonds 1 Million Gulden

Millionen Gul. Der Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank bereits com- gesetzt.

empfiehlt sich hierdurch zur Übernahme von Versicherungen gegen Feuers-Gefahr zu billigen und festen Prämien.

Bur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft sind bereit und empfehlen sich zum Abschluß von Versicherungen:

Der zur Vollziehung von Policien u. s. w. ermächtigte

General-Agent

R. Damme

und die Agenten: in Danzig: Theodor Friedr. Janzen, Fleischergasse 15,

Bantkator Robert Mehlmann, Gr. Wollwebergasse 11,

J. Robert Neichenberg, Fleischergasse 62,

M. J. Schauer, Olivaerstraße 79,

C. Perwo, in Elbing:

Max Müller (Firma: Gebr. Müller), in Marienburg:

Agent Linde, in Marienwerder: And. Iscke,

in Br. Stargardt: And. Iscke,

Bürgermeister a. D. Nafalski, in Culm:

Kreistaxator Hoffmann, in Thorn:

Haupt & Hindesien, in Strassburg Wstr.: H. Löwenberg,

in Rosenberg Wstr.: Apotheker And. Kuhnert,

in Löbau: Ernst Michaelis,

in Mewe: Emil Wieneke,

in Ristow p. Sieralow: Gutbesitzer o. Laszewski,

in Berent: Bürgermeister a. D. Böhme,

in Gresonie b. Flatow: Rentier E. Schilling,

in Konitz: Kaufmann W. Petrich,

in Deutsch Crone: Kaufmann M. Apolant,

in Neustadt Wstr.: Otto Rom. yke, Firma: Ferd. Romeyke.

Französische u. ital. Prü- nellen und feinste Compot- Früchte in Gläsern empf.

A. Fast, Langenmarkt 34.

Gute Wagen- und Reit- pferde stehen zum Verkauf Lang- garten No. 62 bei Andro. [1092]

Ein Rechnungsführer wird gesucht.

Nächstes in Starkau bei Dirschau auf portofreie Anfragen. [1093]

Eine große herrschaftl. Wohnung, erste Etage Langgasse o. Langenmarkt geleg. wird v. April od. Oct. zu mietb. gef. And. nebst Ang. d. Mieths- preises wird. unt. Z. 1068 i. d. Exp. d. 3. Okt. erbet.

Ein Newfoundländerhund hat sich eingef. u. ist vom rechtmäß. Eigentümer geg. Entstall. der Insertionsgebühren abzuhol. 3. Damm 9. [1148]

Verein junger Kaufleute.

Beihufs Revision der Bibliothek wer-

den die resp. Leser ersucht, die entlichenen Bücher Mittwoch, Donnerst. g. Freitag und Montag, Abends 6 bis 7 Uhr, im Vereinslocale abzu-

geben. Die bis dahin nicht eingelieferten Bücher werden gegen Bezahlung an den Voten abge- holt werden.

[1116] Der Vorstand.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend, d. 22. Februar 1862,

Abends 7 Uhr,

Musicalisch declama- torische Soirée

im Vereinslocale Jopengasse No. 16.

Die Billets für die Mitglieder und deren Familien sind daselbst freitags; den 21. Februar c. Abends von 6 bis 10